



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Deutsche Staatsmänner. 5. : Ludolf Camphausen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

est celui de tout dire, sagt schon Boileau — also nur noch, daß für das nächste Jahr die Versammlung nach Erlangen geht, wo sie weniger Kunst, aber mehr Naturgenüsse, weniger Zerstreungen, aber auch geringere Zerstreung erwarten, und wo hoffentlich auch ihre Verhandlungen gerade um deswillen lebendiger und angeregter sein werden, als es in Berlin der Fall war.

Deutsche Staatsmänner. *)

5.

Ludolf Camphausen. **)

Ein kritischer Rückblick in die Ereignisse unserer jüngsten Vergangenheit wäre ein ebenso undankbares als gehässiges Geschäft, wenn diejenigen Recht hätten, welche den Menschen ebenso die Fähigkeit wie die Neigung absprechen, aus der Geschichte etwas zu lernen. Allein es ist mit dieser Ansicht wie mit allen andern Paradoxien: sie imponiren zuerst, weil man mit Verwunderung findet, daß trotz ihrer auffallenden Unwahrscheinlichkeit etwas Wahres darin liegt, und dann gewöhnt man sich allmählig, aus dieser verhältnismäßigen Wahrheit eine unbedingte zu machen. Die Empfindung freilich, die Leidenschaft, und was sonst in dieses dunkle Naturgebiet gehört — und fern sei es von uns, diesen wesentlichen Factor der historischen Fortentwicklung wegleugnen oder auch nur seine Bedeutung schmälern zu wollen — wird von der Geschichte nicht geschult werden; für den Verstand dagegen, der denn doch auch ein Wort mitzusprechen hat, ist die Einsicht in den Zusammenhang von Ursache und Wirkung in dem Kreislauf der menschlichen Angelegenheiten nicht verloren.

Für uns Liberale ist es um so nothwendiger, uns von Zeit zu Zeit unser eigenes Sündenregister vorzuhalten, da es leicht möglich ist, daß wir wieder einmal in die Lage von 48 zurückversetzt werden, und da es doch im höchsten Grade un Zweckmäßig sein würde, wenn wir auf dieselbe Weise, wie damals, zu Falle kämen. Denn daß im Sommer jenes kritischen Jahres fast in ganz Deutschland die Macht in unsern Händen lag, und daß wir sie zum großen Theil durch unsere eigne Schuld verloren haben, wird wohl Niemand unter uns ableugnen.

*) Radowitz Heft 11. Manteuffel 12. Vincke 18. Arnim. 39.

**) Geb. 1803 in Günshoven, Reg.-Bez. Aachen, erzogen auf den Handelsschulen zu Rheidt und Burg, gründete 1825 mit seinem Bruder ein Banquierhaus in Köln, wurde Stadtrath in Köln 1832, Präsident der Handelskammer 1834, Director der Eisenbahngesellschaft zur Verbindung der Schelde mit dem Rhein, welche Stelle er aber wegen eines Zwistes mit Hansemann 1847 niederlegte, und der vorzüglichste Begründer der Dampfschleppschiffahrt auf dem Rhein seit 1843.

Die Hoffnungen wie die Schuld jener Zeit knüpfen sich für uns vorzugsweise an zwei verehrte Namen, Camphausen und Gagern. Wenn wir uns über die Ursachen jenes merkwürdigen Falles klar werden wollen, so können wir es nicht umgehen, alle Pietät bei Seite zu stellen, und diese Namen vor Gericht zu ziehen.

Die kurze Zeit, welche Camphausen die Regierung des preussischen Staats in der Hand hatte, war die entscheidende nicht nur für Preußen, sondern für Deutschland. — Um unser Urtheil über seine Thätigkeit voranzunehmen: seine Ansicht von der vernünftigen Entwicklung der deutschen und preussischen Verhältnisse ist immer die richtige gewesen — auf Einzelheiten ist kein Gewicht zu legen, wo das Princip im Großen und Ganzen gewahrt wird — und sein Grundirrtum hat darin gelegen, daß er geglaubt hat, mit dieser vernünftigen Einsicht habe der Staatsmann seine Pflicht gethan. Er ist überall darauf ausgegangen, eine elegante Formel für die jedesmalige Phase des vernünftigen Verlaufs zu finden, und wenn die brutale Wirklichkeit diese Formel der Vernunft überschüttete, hat er sich schmollend zurückgezogen.

Ich beginne mit seiner Thätigkeit als Chef der vormärzlichen Opposition. Der Hauptgesichtspunkt seiner Politik war dieser: Preußen muß seine verschiedenen Bestandtheile durch die constitutionelle Staatsform centralisiren, und es muß seine natürliche, welthistorische Berechtigung dadurch finden, daß es sich von dem unnatürlichen System der heiligen Allianz und dem unmittelbaren Ausdruck derselben, dem deutschen Bunde in seiner historischen Form, losreißt. Den letzteren Punkt hat er auf eine meisterhafte Weise in den letzten Sitzungen der Ausschüsse, im Februar 1848, ausgeführt, wo es sich um ein neues, im preussischen Codex noch nicht vorgesehenes Verbrechen, den Hochverrath gegen den deutschen Bund, handelte.

Ich hebe diese beiden Punkte, in denen sich Camphausen während seiner ganzen politischen Laufbahn treu geblieben ist, darum hervor, weil sie die streitigen sind, und diejenigen, worauf es bei der Entwicklung Deutschlands vorzüglich ankommt. Während die Deutschthümmer in der Existenz Preußens ein Attentat gegen die Einheit Deutschlands sahen, während sie jede constitutionelle Centralisation dieses Staats schon vor dem März als ein neues Hinderniß gegen die einstige Erfüllung ihres ersehnten Ziels mit argwöhnischen Blicken verfolgten, und viel lieber Preußen in einen Föderativverband selbstständiger Provinzen aufgelöst hätten (einer der eifrigsten Großdeutschen, Herr Buttke, hat das schon zur Zeit des Centrallandtages in einer Broschüre auseinandergesetzt), während ihr Hauptbestreben vom März bis zum December, ja selbst noch später bei einem Theil der Weidenbuschpartei, darauf gerichtet war, Preußen zu Gunsten des Reichs zu mediatisiren, wenn auch zum Ersatz dem mediatisirten König die Kaiserkrone geboten werden sollte, während die Consequentern der Partei, nachdem der Traum

vom souveränen Volk ein Ende mit Schrecken genommen hatte, die eingebildefte Einheit ihres Deutschlands selbst auf Kosten der Rückkehr zum alten Bundestag, selbst auf Kosten der Berufung auf die vertragsmäßige Garantie der auswärtigen Mächte retten wollten, um nur das rebellische Preußen nicht frei zu lassen: — hat Camphausen vor, während und nach der Revolution mit vollkommener Consequenz das entgegengesetzte Princip verfolgt, daß nämlich ein deutscher Staat sich nur dadurch bilden könne, daß die unberechtigten staatlichen Existenzen durch die berechtigten absorbiert werden; daß Preußens Trennung vom Bund (von Oestreich) und seine Hegemonie über die in seinen Rayon fallenden kleinen Staaten, die sich im natürlichen Lauf der Dinge bald in eine friedliche Eroberung verwandeln muß, die einzige Form ist, in der ein reales Deutschland gebildet werden kann; daß Alles, was zur Stärkung, zur Befreiung, zur Centralisation Preußens beiträgt, ein Schritt zu diesem Ziel ist; daß eine wirkliche Organisation des Staats nur dann stattfindet, wenn der Starke herrscht und der Schwache gehorcht. In diesem Princip, dem wir vollkommen beitreten, und das wir von Anfang der Märzbewegung an verfochten haben, ist er klarer, bewußter, consequenter gewesen, als irgend einer seiner liberalen Parteigenossen.

Im Uebrigen unterschied sich sein Liberalismus nicht wesentlich von dem der Partei. Er bekämpfte mit gleicher Schärfe das alte Polizeisystem, das den Staat mit dem Beamtenthum identificirte, und der eigentlichen Thätigkeit des Volks selbst in Privatangelegenheiten so wenig Spielraum als irgend möglich lassen wollte, und die moderne romantische Richtung, die an Stelle des bureaukratischen Staats jenen kirchlich-feudalistischen aufrichten wollte, den sie in den Geschichten des Mittelalters zu finden vorgab. Allein Camphausen's Stellung erhielt dadurch einen eigenthümlichen Charakter, daß er in vielen Beziehungen das Interesse des preussischen Staats den Sondergelüsten seiner Provinz gegenüber vertrat. Denn in der rheinländischen Opposition war eine Mischung sehr verschiedener Elemente enthalten. Die kirchlichen Antipathien gegen die protestantische Regierung, die sich bald auf den Adel, wie in der Angelegenheit des Erzbischofs, bald auf das Volk stützten, das Festhalten am Napoleonischen Recht, gegenüber den Uebergriffen der altpreussischen Justiz — beides conservative Momente, verbanden sich mit den demokratischen Tendenzen der großen Fabrikstädte, die oft genug einen communistischen Anstrich hatten, gegen das preussische Wesen überhaupt und gegen das Aufgehen der Rheinprovinz in dasselbe. In der Rheinprovinz war mehr als in irgend einer andern des preussischen Staats jene Art des Patriotismus zu Hause, die von der Herstellung einer deutschen Einheit ohne Rücksicht auf den eignen Staat träumte. Das „Volk“ schied sich sorgfältig von den „preussischen“ Beamten, dem „preussischen“ Militär. Selbst in nationalökonomischer Beziehung sonderte sich das Interesse der Provinz, wenigstens derer, die den Ton darin angaben, der Fabrikanten, von denen des Staats,

und verband sich mit dem Ruf der Süddeutschen nach einem energischen „nationalen“ Schutzollsystem.

In all diesen Punkten war Camphausen der Mehrzahl seiner Landsleute entgegen. Seine Idee von einer Centralisation des preußischen Staats erstreckte sich auch auf die national-ökonomischen Fragen. Camphausen hat in der Zollgesetzgebung stets das System des Juste-Milieu vertreten, sogar mit einer gewissen Hinneigung zum Freihandel. Er hat dem Staate in Beziehung auf denjenigen Zweig der productiven Thätigkeit, welcher damals vorzugsweise die finanziellen Kräfte in Anspruch nahm, die Eisenbahnen, einen Einfluß eingeräumt, der selbst über die Forderungen des Staats hinausging.

Daß Camphausen dennoch in den vormärzlichen Zeiten als Chef der rheinischen Opposition auftreten konnte, erklärt sich theils aus den Forderungen, die allen Fractionen der Opposition gemein waren, z. B. der Pressfreiheit, über welchen Punkt er dem Provinziallandtage zu Düsseldorf 1843 eine meisterhaft ausgearbeitete Denkschrift überreichte, theils aus dem Streben, einen gemeinsamen Anhaltspunkt zu finden. Der Antrag auf Ausführung des Gesetzes vom 22. Mai 1815, einer Centralverfassung für den preußischen Staat, gab damals diesen Haltspunkt her, wie im Jahr 1848 die Forderung einer deutschen Nationalrepräsentation. Wenn die Posener Stände, die sonst jede Art der Einfügung in den Staatsorganismus verabscheuten, sich dieser Forderung anschlossen, nur um Opposition zu machen, so war es noch viel leichter begreiflich, wenn der Landtag von Coblenz 1845 den in gleichem Sinne gehaltenen Antrag Camphausen's zu dem seinigen machte.

Das Patent vom 3. Februar und der Centrallandtag fand die Parteien durch die Provinziallandtage schon organisiert vor. Der wesentliche Inhalt der oppositionellen Ansprüche — Erweiterung der ständischen Rechte mit Beziehung auf die Gesetzgebung von 1815 — war allen Liberalen gemein; ebenso, daß sie sich vorläufig bei der alten Grundlage des Wahlgesetzes beruhigten, weil sie rechtlich auf keine andere gewiesen waren. Dagegen schied sich die Opposition in der Art und Weise, wie sie diesen Zweck zu verfolgen gedachte, und Camphausen war es, der seiner Richtung das Uebergewicht verschaffte.

Der liberale Adel — denn es kommt nicht auf die Masse an, sondern lediglich auf die Führer — stützte sich auf den Rechtsboden, auf die Verheißungen der Freiheitskriege, auf die Stein'sche Zeit: er begründete die Ansprüche auf Erweiterung der Landtagsbefugnisse juristisch. Der Bürgerstand, der diese Rechtsbegründung, weil sie ihm zum Vortheil gereichte, gleichfalls utiliter acceptirte, glaubte doch das Hauptgewicht auf die Gründe der Zweckmäßigkeit und innern Nothwendigkeit legen zu müssen. Darum hat er, unter Camphausen's Leitung, den Weg der Vermittlung, der Adressen und Petitionen eingeschlagen; er hat den Weg des Protestes — in der Declaration der Rechte — entweder gar nicht, oder

sehr schwach unterstützt, er hat zuletzt, als es zum Bruch kommen sollte — bei der Wahl der Ausschüsse — der Krone nachgegeben, wenn auch unter Vorbehalt.

Das Festhalten des Rechtsbodens, wie überhaupt jeder legitimen Autorität, wie jede Rechtgläubigkeit, hat etwas ungemein Bequemes und schmeichelt dem Selbstgefühl. Man weiß in jedem Augenblick sein Stichwort, man ist überall einig mit sich selbst, man darf sich nie etwas vergeben. Die Rolle eines Vermittlers ist stets peinlich, auch wenn sie ihren Zweck nicht verfehlt, denn sie ist unsicher, zweifelhaft. Aber in solchen Dingen hat das persönliche Selbstgefühl doch nicht ausschließlich das Wort. Das resignirte Zurückziehen aus der politischen Entwicklung, wo das volle Recht nicht gewährt ist, und wo gegen den Uebertreter des Rechts kein höherer Richter da ist, ist doch immer, wenn es überhaupt etwas bedeuten soll, eine entfernte Provocation auf die Entscheidung der Thatfachen. Wer dieser abhold ist, weil er noch andere Interessen zu vertreten hat, als das eine abstracte Recht, und weil er weiß, daß diese bei der thatsächlichen Entscheidung, wo die Leidenschaft über den Verstand, der Zufall über den Plan hinausgeht, untergehen müssen, wird doch wohl das Recht haben, sich auf den Weg der Verhandlung einzulassen, bei welchem sich, wenn auch nicht immer ein Ende, doch wenigstens ein Weiterkommen absehen läßt. Freilich hat diese Klugheitsregel ihre Grenze, es gibt Zeiten, wo auf alle Gefahr hin nur das persönliche Ehrgefühl zu sprechen hat.

In den Landtagsverhandlungen scheint mir dieser Augenblick noch nicht vorhanden gewesen zu sein. Die Aussicht auf ein allmätiges Entgegenkommen der widerstreitenden Absichten, wenn man vom Rechtspunkt abjah, da die constitutionelle Centralisation Preußens nicht bloß im Interesse des Volks, sondern auch in dem der Krone lag, war zu groß; der Erfolg der bloßen Protestation, da die öffentliche Meinung damals über sich selber noch gar nicht im Klaren sein konnte, zu zweifelhaft, als daß der praktische Mann sich nicht zu dem Versuch einer vermittelnden Thätigkeit hätte getrieben fühlen sollen.

Von diesem Gesichtspunkt aus vertheidige ich Camphausen, der übrigens darin consequent blieb, nicht nur wegen seiner Weigerung, die Declaration der Rechte zu unterschreiben — ein kühn aussehender Schritt, dessen Erfolg aber mehr als zweifelhaft war, sondern auch wegen seiner Theilnahme an der Ausschusßwahl, gegen deren rechtliche Gültigkeit Protest eingelegt wurde. Trotz seines principiellen Widerspruchs stand ihm z. B. Wincke viel näher, als vielen der Unterzeichner jenes Protestes.

Die Ausschüsse gaben Camphausen — der übrigens sonst diese Gelegenheit, sich öffentlich auszusprechen, redlich dazu benutzte, der Krone zu drohen, und zwar auf eine Weise, die sich bald nur zu sehr bethätigen sollte — Veranlassung, das Verhältniß Preußens zum deutschen Bund in's Auge zu fassen.

Wenn in einer der kleinen deutschen Kammern irgend eine Frage angeregt

wurde, die über den gewöhnlichen Horizont deutscher Stände, den privatrechtlichen Gesichtskreis, hinausging, so schnitt die Regierung regelmäßig den weitem Streit durch das Gespenst des deutschen Bundes ab. Pressfreiheit, Steuerbewilligungsrecht, Reduction des Militäretats wurden unter der Regide des Bundestags den ständischen Berathungen entzogen.

Es konnte nicht fehlen, daß diese bloß repressiv wirkende Wirksamkeit eine gewisse Mißstimmung gegen das erzeugte, was man den Bundestag nannte. Dieser Name war aber nur die Firma, hinter welcher sich die Mißstimmung gegen die beiden Großmächte verbarg, vor Allem gegen Preußen, den bureaukratisch-militärischen Staat der überall scheinbar angesehenen Berliner Ueberweisheit, weil man Oestreichs exceptionelle Stellung eigentlich immer anerkannt hatte.

Nun zog sich die preußische Regierung den Anforderungen der eignen Stände gegenüber hinter den Schutz eben der Macht zurück, welche die allgemeine Meinung nur für eine Larve der preußischen Bureaukratie hielt. Als die Majorität der Ausschüsse sich für das Recht der freien Association aussprach, verwies sie der Landtagscommissär auf das entgegenstehende Recht des deutschen Bundes. Die Regierung begnügte sich nicht damit, ihre Gründe oder auch ihren souveränen Willen der Einsicht der Volksvertreter entgegenzusetzen, sie zog sich auf ein Gebiet zurück, das um so unnahbarer war, je unbestimmter es darin ausfiel. Die Rechtsform war auf ihrer Seite, und so blieb den Ständen nichts weiter übrig, als die Regierung zu bitten, sie möge ihren Einfluß beim deutschen Bund verwenden, um dieses Gesetz, welches mit dem Interesse und der Ueberzeugung des preußischen Staats im Widerspruch stehe, aufzuheben.

Man mußte nun fragen: aber wo ist eigentlich dieser deutsche Bund, der der preußischen Regierung Gesetze vorschreibt? Und es war natürlich, daß die preußischen Stände das Verhältniß desselben zu ihrem eignen Staat näher in Betracht zogen. Es geschah das durch Camphausen bei Gelegenheit eines neu-erfindenen Verbrechens im Strafcodex: des Hochverraths gegen den deutschen Bund.

Der frühere, rationalistische Codex hatte sich den Hochverrath nur in Beziehung auf die wirkliche Obrigkeit gedacht. Die französischen Invasionskriege und der Rheinbund hatten die Nothwendigkeit einer nähern Verbindung unter den deutschen Staaten an den Tag gelegt. Aus dieser Nothwendigkeit war der deutsche Bund hervorgegangen. Er war wesentlich gegen Frankreich gerichtet. Frankreich aber wurde mit der Idee der Revolution identificirt, die Revolution mit der constitutionellen Staatsform, und so trafen die Verfolgungen des Bundes im Anfang selbst die Deutschthümer, die im Franzosenhaß vollständig mit den Regierungen sympathisirten, nur weil sie von einer deutschen Volksvertretung träumten.

Außer diesen Repressivmaßregeln ist von dem deutschen Bunde für die politische Entwicklung Deutschlands nichts gethan, und konnte seiner Natur nach nichts

gethan werden; alle Einrichtungen, die auf einen wirklichen Fortschritt hingingen, gingen von der Uebereinkunft einzelner Staaten aus. — Das mußte, dem allgemeinen Vorurtheil gegenüber, welches in dem Bundestag nicht das Wesen, sondern den zufälligen Ausdruck zu bekämpfen glaubte, offen und unumwunden ausgesprochen werden, und dieses Verdienst hat sich Camphausen in den Ausschüssen erworben.

Ich lege darum auf diesen scheinbar unbedeutenden Umstand so großes Gewicht, weil er in diesem Augenblick wieder zur Hauptsache geworden ist. — Es hat nicht an dem bösen Willen dieses oder jenes Diplomaten, dieses oder jenes Fürsten gelegen, daß der Bundestag der Freiheit feindlich war, sondern es lag in der Natur des Instituts. Die im Bundestag concentrirte Macht der Fürsten macht ein über den Schein hinausgehendes Repräsentativsystem der einzelnen Staaten unmöglich, und setzt man ihm eine gemeinsame deutsche Nationalvertretung gegenüber, so wird diese illusorisch durch die Macht der einzelnen Fürsten, die über die Grenzen des Bundestags hinausgeht.

Es war nicht unwichtig, daß jene Erörterung der deutschen Frage in der preussischen Volksvertretung kurz vor der allgemeinen deutschen Bewegung stattfand, die eine entgegengesetzte, und darum eine illusorische Richtung nahm.

Es zeigte sich damals, daß die vermittelnde Rolle, welche Camphausen im Landtag gespielt, und welche ihn bei der jetzt eintretenden Krisis der Krone genehm machen mußte, ihm in der öffentlichen Meinung keineswegs geschadet hatte. Er war es, den die allgemeine Stimme schon am 18. März an die Spitze des neuen Preußen berief.

Bevor das geschah, hatte er Gelegenheit gehabt, in einer am 11. März zu Bonn mit Hansemann, Beckerath und andern Rheinländern abgefaßten Petition sein Programm aufzustellen. Es enthielt die Forderung: „den Vereinigten Landtag sofort einzuberufen und demselben Gesetzentwürfe folgenden Inhalts vorlegen zu lassen: 1) Abänderung des Wahlsystems in der Art, daß die verschiedenen Volksklassen in richtigem Verhältniß vertreten werden; 2) zeitgemäße Umgestaltung der Herren-Curie; 3) beschließende Mitwirkung des in vorgedachter Weise umgestalteten Vereinigten Landtags in der gesammten Gesetzgebung und im Staatshaushalt mit einfacher Majorität.“ In demselben Sinne verhielt das Ministerium Arnim am 22. März: „dem Vereinigten Landtag ein Wahlgesetz zur Begutachtung vorzulegen, welches eine auf Urwahlen gegründete, alle Interessen des Volks ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse umfassende Vertretung herbeizuführen geeignet wäre, und der durch dieses Wahlgesetz zu bildenden neuen Volksvertretung Vorschläge über Sicherstellung der persönlichen Freiheit, über freies Versammlungsrecht u. s. w. zu machen.“

Damals war das Stichwort, welches die neue conservative Partei von der freilich noch sehr unklaren, im Gährungsproceß begriffenen revolutionären scheid,

die Zuziehung des Landtags zu der neuen Gesetzgebung, also die unmittelbare Beziehung zu der ältern Rechtsentwicklung. Die Radicalen, welche durch die Revolution die alte Rechtsentwicklung für geschlossen ansahen, verlangten entweder die unmittelbare Einführung einer demokratischen Verfassung durch die Souveränität des Königs, oder die Einberufung einer souveränen, constituirenden Versammlung.

Wenn die conservative Partei so entschieden auf Einberufung des plötzlich unpopulär gewordenen Landtags bestand, so konnte das nur den praktischen Sinn haben, daß sie mit dieser Vertretung des alten Preußens die neue Verfassung, die auf die Erfüllung der Forderungen der altliberalen Opposition herauskommen mußte, vereinbaren wollte. — Hier ist nun der erste Fall, in welchem Camphausen's Bestreben, überall zu vermitteln, zum Nachtheil des Staates ausschlug.

Als er das Ministerium angetreten hatte, vereinbarte er mit dem Landtage nämlich nicht die neue Verfassung, sondern die Einberufung einer Versammlung, mit welcher die neue Verfassung vereinbart werden sollte. Daß die leitenden Grundsätze derselben beiläufig dem Landtag zur Begutachtung vorgelegt wurden, änderte daran nichts, denn dieses Gutachten hatte nicht den geringsten rechtlichen Einfluß auf die Entscheidung der neuen Versammlung.

Unter diesen Umständen konnte man allerdings fragen, wozu man sich durch den Zusammentritt des Landtags eigentlich mit den Radicalen überworfien habe. Denn es war durch ihn die Revolution nicht geschlossen, es war nur tabula rasa gemacht, der Rechtsboden gelöst, der Staat ohne Verfassung, es traten zwei Paciscenten zusammen, um dieselbe zu vereinbaren, und was geschehen sollte, wenn diese Vereinbarung nicht bewirkt wurde, darüber war keine Auskunft gegeben.

Dem ersten Anschein nach sah dieser Zustand wie eine Concession an die revolutionäre Partei aus. Das wäre auch der Fall gewesen, wenn — die Revolution irgend anders vorgefallen wäre, als in den Köpfen der Leute. Ueber den Pariser Februarereignissen und dem Schreck der Barrikadennacht hatte das Königthum den Kopf verloren, und sich zu Concessionen verstanden, die weit über die reale Machtentwicklung seiner Gegner hinausgingen. Es war voraussehen, daß es bei dem ersten Abkühlen der revolutionären Gluth zur Besinnung kommen und zur Zurücknahme seiner Concessionen schreiten würde, wenn es sich rechtlich nicht gebunden fand.

Hätte Camphausen die Verfassung, welche er später der Nationalversammlung vorlegte, ohne Weiteres mit dem Landtag vereinbart, dessen Loyalität an einen ernstlichen Widerspruch nicht denken ließ, so hätte damals, wo die Furcht noch waltete, das Königthum, der Adel, der Hof mit Freuden zugegriffen, die Verfassung wäre beschworen, das Heer vereidigt worden, und hätte das Berliner Gesindel eine Gemeute versucht, so wäre es von der vereinigten Begeisterung der Bürger und des Militärs leicht zu Paaren getrieben.

Freilich litt diese Verfassung an einem sehr demokratischen Wahlgesetz, das damals nicht zu umgehen war. Aber einmal war dann die Präension der Kammer auf Unauflöslichkeit abgeschnitten, sie wurde außerdem durch eine conservativere erste Kammer controlirt, dann aber darf man überzeugt sein, daß auch bei dem schlechtesten Wahlgesetz der constitutionelle Staat sich selber corrigiren wird, wenn nur die Regierung ehrlich und energisch genug auftritt, um das Vertrauen der Bürger zu erwerben.

Indeß — das Geschehene war nicht zu ändern. Die constituirende Versammlung war beschlossen, und man mußte versuchen, mit ihr zu gehen. — Was in der Zwischenzeit vorfiel, hat nicht die Bedeutung, die man darauf zu legen pflegt. Camphausen hat, wie stets der Bürger, wenn er den Diplomaten spielen will, manche Ungeschicklichkeiten begangen, z. B. in der Form, wie der Prinz von Preußen zurückberufen wurde, aber eigentlich kam nicht viel darauf an. — Als aber die Nationalversammlung zusammengetreten war, mußte sich die Regierung die Aufgabe stellen, sich ihrer zu bemächtigen und mit ihrer Hülfe dem Pöbel wie dem Absolutismus, dem specifischen Preußenthum wie der Frankfurter Centralisationsidee Troß zu bieten.

Die Regierung hat nicht einmal den Versuch gemacht. — Sie hat die Versammlung, wozu sie nach ihrer Erklärung nicht befugt sein sollte, in die unmittelbare Gesetzgebung gezogen, in constitutionellen Formen mit ihr gespielt, sich ihr untergeordnet, und, als sie den Streit nicht vermeiden konnte, sich verstimmt zurückgezogen. — Freilich war die Aufgabe eine sehr undankbare, mit dem feinen, vornehmen Wesen Camphausen's kaum in Einklang zu bringen. Denn die Versammlung, deren Unfähigkeit zwar mit einem unerhörten Selbstgefühl wetteiferte, war nicht eigentlich bössartig. Sie wollte nur beschäftigt und zugleich in dem Glauben erhalten werden, daß sie Großes schaffe. Um diesen Trieb zu befriedigen, hätte jeder der Minister täglich wenigstens eine Stunde lang über alles das Gute, was er vorhabe, so wie über seine Ehrlichkeit und seine demokratische Gesinnung reden müssen; er hätte zugleich keine Intrigue sparen dürfen, um sich ein Corps unbedingter Anhänger zu erobern. Die Centren waren ein weites Feld für solche Eroberungen. Aber wer erobern wollte, mußte imponiren; er mußte nicht durch die leidende Miene unschuldsvoller Ehrlichkeit, sondern durch die entschlossene Haltung eines energischen, unbeugsamen Willens die Masse mit sich fortreißen. Die stolze Demuth, mit der Camphausen eine Kritik seines bisherigen Verhaltens herausforderte, die Resignation, mit der er seinen Verfassungsentwurf fallen ließ, endlich der unnöthige, und dabei sehr schwach geführte Streit über das Princip der Revolution waren nicht geeignet, ihn in seiner Stellung zu sichern. Und doch lag in allen diesen Umständen nichts vor, seinen Rücktritt zu motiviren, denn in einer revolutionären Zeit ist es ein starkes Vergehen, die Macht aus den Händen zu geben, ohne zu wissen, wem sie über-

tragen werden soll. Der beständige Hinblick auf die englische Verfassung verwirrt unsere Politiker darin auf eine seltsame Weise. Weil dort, sobald das Whigministerium die Majorität verliert, Jedermann weiß, daß die Tories folgen, glaubt man bei uns, auf gleich ebenem Boden zu stehen, einerlei, ob wirkliche Parteien vorhanden sind, oder nicht.

Es war, unter dem Schein des Bedrusses über die Thorheit der Menge, eigentlich das stille Bewußtsein der Schwäche, einer drohenden Situation gegenüber, das seinen Rücktritt veranlaßte. Es ist nur zu menschlich, wenn auch nicht zu rechtfertigen, daß die geheime Empfindung, seine Nachfolger würden es nicht besser verstehen, seinen Entschluß nicht erschütterte. — Denn die Leichtfertigkeit, mit der später Hansmann mit der Nationalversammlung umsprang, war für einen liberalen Minister — der durch Herbeiziehen der bewaffneten Macht seine eigne Macht aus den Händen gab — und vor Vollendung der Constitution, auf die man sich hätte stützen können, auch nicht die richtige Methode.

Durch die Unfähigkeit, die Versammlung, das einzige legitime Organ des Volks, mit sich fortzureißen, war man nicht nur gegen Unten rath- und schutzlos geworden — denn nur das Vertrauen der Versammlung konnte die legitimen Mittel gewähren, den Excessen eines elenden Pöbels in Berlin und den fort-dauernden Wühlereien der Linken ein Ende zu machen, — sondern, was schlimmer war, auch nach Oben. Denn obgleich Camphausen unter sämmtlichen Mitgliedern der altliberalen Opposition derjenige war, welcher sich am bequemsten in die Formen des alten Staats zu fügen wußte, und darum auch nach seinem Rücktritt unter allen Märzministern allein eine persona grata blieb, so wurde er doch vom Hof und dem Beamtenthum stets als ein Eindringling angesehen, dem man sich fügte, so lange es nothwendig war, und die täglichen Proben von der wachsenden Unpopularität seines liberalen Ministeriums mußten den König auf die Idee bringen, daß es nicht viel schlimmer sein könnte, wenn er sich seiner alten ergebenen Rätthe bediente. Wir sind überzeugt, daß Camphausen nach dieser Seite hin eine unermüdlige vermittelnde Thätigkeit entwickelt haben wird, aber diese konnte nur dann fruchtbar sein, wenn er als der Führer einer unabhängigen, geschlossenen, organisirten Partei dem Monarchen gegenübertrat. Sich auf die Meinung der Gutgesinnten berufen, mußte nicht viel, denn eine Partei ohne Organisation ist keine Partei. So blieb er in der undankbaren Stellung des wohlmeinenden Mannes, dem man mehr Kraft zugetraut hat, als er besitzt, den man schätzt, aber ohne ihn zu fürchten; die Mittel des alten Staats blieben in den Händen der altconservativen Partei, und es war eine innere Nothwendigkeit, daß diese, die gleich nach dem ersten Schreck sich wiederum kräftig organisirte, auch öffentlich in die Stellung zurückgeführt wurde, die zu behaupten sie ihre Leidenschaft und die alten Traditionen berechtigten. —

Dieser Vorwurf, daß er in Preußen versäumt hat, die liberale Partei zu

organisiren und zu leiten, trifft ihn in Beziehung auf die deutschen Angelegenheiten auf eine ähnliche Weise. Um seine Stellung als preussischer Bevollmächtigter in Frankfurt zu würdigen, müssen wir einen Augenblick zurückblicken.

Die preussische Politik in Bezug auf die deutsche Frage, wie sie Camphausen von seinem Vorgänger überkam, und wie sie mit seinen Ueberzeugungen übereinstimmte, war bereits in der Proclamation vom 18. März angedeutet, und die Unterhandlungen, welche der General Radowiz in Wien leitete, konnten wenigstens insofern damit in Uebereinstimmung gebracht werden, als sie die Lösung der Verpflichtungen Preussens gegen Oestreich herbeiführten. Sie ging Hand in Hand mit den Märzministerien der kleinen Staaten, und bestand darin, eine engere Coalition der regenerirten deutschen Staaten — mit Ausschluß Oestreichs — zu bewerkstelligen, die durch ein aus den Ständen der einzelnen Staaten gebildetes Parlament und durch eine für die gemeinsamen Angelegenheiten gemeinsame Regierung getragen werden sollte. Es ist ungefähr die nämliche Idee, die der spätern Union zu Grunde gelegt wurde, und die auch allein in die deutschen Zustände Ordnung bringen kann. — Allein es geschah von preussischer Seite nichts, diese Idee zu realisiren. — Man ließ das Vorparlament ruhig zusammenkommen, ohne dafür zu sorgen, daß Preußen darin vertreten war; man hatte versäumt, mit Gagern und den übrigen liberalen Ministern sich in Einverständnis zu setzen, und so geschah es, daß jene Versammlung, von der der Bundestag nicht verschmähte, sich Gesetze ertheilen zu lassen, einen Beschluß faßte, der folgenschwerer war, als alle übrigen, scheinbar viel revolutionären: die Zuziehung der Oestreicher zum deutschen Parlament. Damit war der preussischen Politik der alte Weg abgeschnitten.

Es läßt sich Manches zur Entschuldigung der preussischen Minister sagen: sie waren im Innern zu beschäftigt u. s. w. Aber soviel bleibt wahr: durch jenen Beschluß wurde dem preussischen Liberalismus ebenso das Heft in Deutschland aus den Händen gewunden, als durch Einberufung einer preussischen Constituante das Heft in Preußen.

Wenn nun Camphausen diese neue Wendung der Dinge soweit ignorirte, daß er die Wahlen zum Parlament dem alten Landtag übertrug, einem ständischen Institut, das eben im Begriff war, sich selber aufzulösen, so war das eben ein solcher Anachronismus, als der kurze Zeit darauf publicirte Verfassungsentwurf der Vertrauensmänner, der, auf die alten Voraussetzungen berechnet, in der neuen Lage der Dinge vollkommen unverständlich war. Und wenn sich dann Camphausen beeilte, auf den Befehl des Bundestags, der sich den Drohungen des Fünfziger-Ausschusses fügte, seinen Beschluß zurückzunehmen, so war das — wenn auch vielleicht unvermeidlich — jedenfalls nicht geeignet, die Autorität der preussischen Politik zu erhöhen. Denn man mußte sich fragen: handelt der preussische Bundestagsgesandte unabhängig von seiner Regierung? oder muß er sich

der Stimmenmehrheit von Lippe-Detmold, Anhalt-Cöthen u. s. w. fügen? in welchem letztern Fall Preußen als mediatisirt anzusehen war.

Nach diesem Schritt war vorläufig für Preußen in Frankfurt nichts zu thun. Die Nationalversammlung war antipreußisch und antirepublikanisch, sie stand also, ebenso wie die von ihr geschaffene Centralgewalt, ohne es selber zu wissen, unter österreichischem Einfluß. Allein damit war noch nichts verloren. Es mußte eine natürliche Reaction eintreten, sobald Oestreich seine Maske abwarf und sobald man in Preußens Stärke, die man zu rasch als gebrochen angesehen hatte, wieder Vertrauen setzen konnte.

Es geschah dies nach den Novemberthaten. — Man vergesse nicht, daß Gagern's Amendement zu dem Großdeutschen Verfassungs-Entwurf noch im October höchstens auf einige 30 Stimmen rechnen konnte. — In kurzer Zeit änderten sich die Verhältnisse. Die Weidenbusch-Partei organisirte sich, und schon im Januar hatte sie die Majorität.

Es fehlte dieser Partei nur Gines. Ebenso wie die übrigen Fractionen des Parlaments hatte sie sich in die Taktik der parlamentarischen Intrigue so verloren, daß sie die viel wichtigeren, außerparlamentarischen Thatsachen nur durch ein gefärbtes Glas betrachtete. Es fehlte ihr ein Führer, der sie mit der Macht, in deren Namen und zu deren Gunsten sie operirte, in einem beständigen, realen Rapport erhielt. Zu dieser Stellung war Camphausen sowohl durch sein Amt verpflichtet, als durch seine parlamentarische Vergangenheit befähigt, denn ihm konnte der deutsche Liberalismus, dem das preußische Toryministerium immer verdächtig sein mußte, volles Vertrauen schenken. — Diese Pflicht hat Camphausen versäumt. Er spielte der Partei gegenüber den schweigsamen Diplomaten, und seiner Regierung gegenüber — spielte er ihn auch. Und doch kam es darauf an, die vollkommen sachgemäßen Bemerkungen, welche die Note vom 23. Januar mit der vornehmen Nonchalance einer Macht, die sich auf sich selber stützt, und daher in einer fast beleidigenden Form hinwarf, der Partei mit der Wärme einer sichern Ueberzeugung in's Herz zu reden. Es kam darauf an, ihr deutlich zu machen, daß sie ihren Accent auf ein ganz falsches Wort legte; daß es Preußen mit dem Erbkaisertum, Deutschland mit der Volkssouveränität nicht gedient sein könne, daß diese an sich unerheblichen Formen nur schädlich sein müßten, weil sie den Particularismus empörten, ohne ihn zu bezwingen, daß der Punkt, auf den Alles ankäme, vielmehr nichts sei, als — Trennung von Oestreich und parlamentarische Organisation des übrigen Bundesgebiets. In diesem Fall wäre selbst unter der bescheidenen Form eines Directoriums Preußen die Hegemonie zugefallen. Wäre der Partei ganz entschieden erklärt worden, daß dieses Preußens eigentliche Meinung sei, so hätte sie sich früher zu einem Schritt entschlossen, den sie in Gotha zu spät that. Camphausen's Verantwortlichkeit für diesen Fehler wird dadurch nicht aufgehoben, daß seine eigene Stellung zu den regierenden

Tories eine präferre war. Jedenfalls war sie leichter zu ordnen, als die von vornherein falsche und scheinbar feindliche der Partei Gagern gegen die Personen dieses Ministeriums.

So erfolgte denn die Entscheidung in der Hitze. Das an bestimmte Bedingungen geknüpfte Anerbieten der Kaiserkrone zwang Preußen, das weder den Muth noch die Neigung hatte, trotz allen Ehrgeizes, einen halbrevolutionären Schritt zu thun, mit dem Parlament zu brechen. Damals, aber zu spät, bemühte sich Camphausen ernstlich, zu vermitteln: die Fäden entfielen seiner Hand. Er wurde wieder verstimmt und überließ den Schauplatz einem Andern.

Wir finden ihn wieder in den revidirten Kammern, nachdem die reactionäre Partei sich offen des Staats bemächtigt hatte. Die Idee der Märzverfassung war aufgegeben, auch über die Durchführung des „engern Bundes“ stiegen erhebliche Zweifel auf. — Unter diesen Umständen hielt Camphausen jene bekannte Rede, in der er darauf antrug, die in der preußischen Verfassung enthaltene Bestimmung, daß die Krone zu Gunsten der Reichsverfassung zu vorläufigen Abänderungen bevollmächtigt sein sollte, auf den Entwurf vom 26. Mai zu übertragen. — Die Rede war so specifisch preußisch, daß sie seine Gegner zuerst in Erstaunen setzte, später nur zu oft von ihnen als Waffe gegen ihn benutzt ist. — Er suchte nämlich nachzuweisen, daß Preußen allein für die deutsche Einheit etwas gethan habe, daß Preußen allein durch diese Einheit verliere, da es für sich ganz gut bestehen könne, daß es aber jetzt noch einmal seine rettende Hand bieten sollte, um, wenn sie auch diesmal verschmäht würde, sich in stolzem Selbstgefühl von Deutschland zurückzuziehen und sich lediglich auf seine eigene Kraft zu stützen. — Augenscheinlich war die Rede nach zwei Seiten hin berechnet. Einmal sollten die kleindeutschen Verbündeten von dem Wahn zurückgebracht werden, als ob sie Preußen durch ihren Anschluß eine große Wohlthat erzeugten, und dafür nichts wieder empfangen. Sodann sollte dem preußischen Selbstgefühl, in dem bei aller Suffisance doch viel Hochherzigkeit und Aufopferungsfähigkeit liegt, geschmeichelt werden, es sollte sich durch die Idee eines Opfers zu einem energischen Schritt aufgefordert fühlen. — Das ist alles sehr complicirt, und entbehrt jener Eigenschaft, die einer solchen Ueberredung allein Kraft verleiht: der innern, vollen Wahrheit. Denn die Hauptsache bei der Union bleibt doch die erweiterte Macht Preußens, darüber waren die übrigen Fürsten gar nicht zu täuschen, und die angeblich schwarzweiße, eigentlich aber schwarzgelbe Partei in Preußen konnte nun jene Vorstellung, an die sie selber nicht glaubte, daß Preußen durch die Union nur verlieren könne, auf die Autorität ihres Gegners stützen. Auf der andern Seite war es wieder ein übertriebener preußischer Hochmuth, wenn von der Möglichkeit einer isolirten Stellung Preußens gesprochen wurde, denn Preußen hat nur die Wahl, Deutschland zu erobern, oder in Deutschland, d. h. in Oestreich aufzugehen. Daß der König von Preußen als Reichsfürst dann noch eine ganz

ansehnliche Stellung behaupten kann, haben die Gegner der Union sehr glücklich hervorgehoben. — Außerdem war der Kern des Antrags unklar. Dem Anschein nach ein Vertrauensvotum für das Ministerium, mit dem damals überhaupt von Seiten der Liberalen viel zu schön gethan wurde, sollte es zugleich ein leises Mißtrauen, wenigstens eine Ermahnung enthalten; von den in der herrschenden Partei enthaltenen zwei Momenten sollte dem einen gegen das andere das Uebergewicht gegeben werden. — Und so vereinigte allerdings der Antrag eine ungeheure Majorität in beiden Kammern, die freilich in keiner Weise als Partei gelten konnte.

Indessen man darf die Art, wie Camphausen auftrat, nicht zu hart angreifen. Es wäre schwer zu sagen, was damals die liberale Partei anders hätte thun sollen. Sie litt an dem einen Fehler, daß sie noch immer wähnte, die Ereignisse leiten zu können. Und Camphausen's Stellung war noch viel günstiger, als die der eigentlichen Gothaer: er hatte nie offen und entschieden für die Annahme der Frankfurter Krone gesprochen, er hatte durch die Neutralität seiner Haltung ausgedrückt, was sein Bruder in der zweiten Kammer offen ausgesprochen: die Annahme ist gefährlich, das Ablehnen gefährlich, ich weiß nicht, wofür ich mich entscheiden soll. — Die Politik der Liberalen war eine sehr natürliche; sie wollten das Ministerium überzeugen, daß sie seine eigentliche Stütze ausmachten, und daß sie diese Unterstützung nur in der Voraussetzung gewährten, daß die Regierung im Wesentlichen auf ihre Ideen einginge. — Allein das Ministerium, wenn auch nicht mit übertriebenem Scharfsinn ausgestattet, mußte doch aus den Thatsachen wahrnehmen, daß seine Kraft anderswo liege. Es wurde von seinem Verhängniß weiter getrieben, ebenso wie die Liberalen.

Der Erfurter Reichstag zeigte das Illusorische jenes Beschlusses. Aber die Illusion war doch stark genug gewesen, daß ein Mann aus der alten Schule, ein Bodelschwingh, sich davon hinreißen ließ. Auch er glaubte an eine selbstständige, autonome Politik des neuen Preußen. Bodelschwingh und Camphausen, diesmal mit den Gothaern ganz im Einverständniß, glaubten durch rechtliche Formen die Macht der Verhältnisse überwinden zu können. Ein einfacher Naturalist, wie Manteuffel, konnte sie eines Bessern belehren: es war die Zeit gekommen, wo der Starke nach dem Recht nichts mehr fragte, und das preußische Ministerium gestand indirect zu, daß es sich nicht mehr als den Stärkern fühlte.

Es könnte nun scheinen, als ob ich die Liberalen wegen des Beistandes tadelte, die sie einem im Princip ihnen feindlichen Ministerium leisteten. Im Gegentheil. Ich tadle sie nur darum, daß sie sich den Anschein gaben, als hätten sie in der Politik noch die Initiative, daß sie sich gewaltsam in eine bewußte Illusion stürzten, die ihnen eine falsche Stellung gab.

Eine Partei ist darum nicht unmächtig, wenn sie die Initiative verliert. Aber sie muß warten lernen. Robert Peel hat sich durch die Reformbill nicht einschüch-

tern lassen; er reorganisirte im Stillen seine Partei und war in einigen Jahren stark genug, das Ruder des Staats von Neuem in die Hand zu nehmen. Es soll uns das eine Lehre sein. Bei uns ist die numerische Stärke der Partei im Parlament zwar nicht ein unbedingtes Kriterium für ihre thatsächliche Bedeutung; noch hat das parlamentarische Leben nicht so feste Wurzeln geschlagen, daß wir in ihm ein sicheres Thermometer hätten für unsere Politik. Aber es wäre eine falsche Rechnung, wenn man darum die Staatsgewalt der bloß physischen Kraft beilegte. Auch unsere, der Tendenz nach absolutistische Regierung hält sich nur durch den Beistand der Masse. In der Masse ist das Ungedenken an die materiellen Verluste der Revolutionszeit noch so groß, daß der conservative Fanatismus noch im Steigen ist; aber in Kurzem muß eine natürliche Reaction eintreten. Unsere Freunde sollen nicht vergessen, daß der einzig richtige Grundsatz einer politischen Partei ist: ich warte auf meine Zeit.

Es ist in dem gegenwärtigen Augenblicke um so nothwendiger, daran zu erinnern, da die Stimmung in den leitenden Organen der Partei von der Art ist, als gelte es einen rücksichtslosen Kampf, als gebe es in dem Bestehenden nichts mehr zu verlieren. — Diese pessimistische Stimmung, die den politischen Kindern des Jahres 1848 wohl anstand, ist unser nicht würdig. — Es ist allerdings noch sehr viel zu erhalten, noch sehr viel zu verlieren, und wir sollen uns ernstlich bestimmen, ehe wir die Schiffe abbrennen.

Für den Augenblick ist doch nicht viel zu thun. Die zögernde Politik der Regierung ist jetzt ein nothwendiges Resultat der Verhältnisse. Außerdem wäre es ein eitles Vorhaben, sie jetzt stürzen zu wollen. — Eine Partei soll aber nur dann eine principielle, d. h. unbedingte, rücksichtslose Opposition machen, wenn sie im Stande ist, selber die Regierung zu übernehmen.

Sollten wir darum unthätig sein? Nichts weniger! Uns bleibt eine sehr wichtige Aufgabe. Wir sind durch die Februar-Verfassung, so schlecht sie ist, in die günstige Lage versetzt, conservativ sein zu können. Denn jede Verfassung gewährt wenigstens zweierlei: sie zwingt die Regierung zur Publicität, und hindert sie, wenigstens für die Dauer, willkürliche Gesetze zu geben; und sie gibt der liberalen Partei Gelegenheit, sich zu organisiren. — Für Preußen ist es aber noch ungleich wichtiger, denn mit der Verwirklichung derselben ist zugleich die Unmöglichkeit des Bundestags verknüpft, ist zugleich die Grundlage gegeben, auf der die Union sich aufbauen läßt. — Niemand wird aber leugnen, daß trotz aller Eidschwüre die preussische Verfassung noch in einer Krisis ist. — Die Opposition hat die Fähigkeit und die Pflicht, die allzu tollen Maßregeln der Regierung, z. B. in dem Preßgesetz, zu hintertreiben; sie soll dahin trachten, durch gesetzliche Formen die Wiederkehr ähnlicher Willkürlichkeiten zu verhüten; geht sie aber weiter, und macht eine Opposition, wie die württembergischen Kammern — was man z. B. aus dem leidenschaftlichen Auftreten ihrer Organe, wo kein

sichtlicher Grund vorhanden war, bei der Ernennung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, so wie aus dem Programm eines so gemäßigten Mannes, wie Beckerath, leicht schließen könnte — so bleibt sie entweder in der Minorität, und schadet dann sich selbst, wie jede ungeduldige Minorität, oder sie gewinnt die Mehrzahl, und treibt dadurch die Regierung gewaltsam in eine Bahn, deren Ende man nicht absehen kann. Die Demokraten mögen auf eine Revolution speculiren, wir können das nicht, denn jede Revolution hebt den preussischen Staat auf, er kann nicht wie ein Naturstaat durch sie regenerirt werden, und unsere Hoffnungen kommen doch immer in letzter Instanz auf die Macht Preussens heraus. — Daher entschiedener Kampf gegen die einzelnen, bestimmten Maßregeln, die man noch abwenden kann; aber vorläufig kein principieller Krieg gegen das System, denn er entkräftet den Staat, ohne uns zum Ziel zu führen. Wir haben gesündigt durch zu lebhaften Anschluß an eine politische Richtung, deren principiellen Gegensatz wir uns nicht ableugnen konnten; wir dürfen nicht zum zweitenmal sündigen durch ein Ausspielen unserer letzten Trümpe, ehe wir das Spiel berechnet haben. Sonst könnte man uns mit Recht den Vorwurf machen: das Wort war kühn, weil es die That nicht war.

— Leider ist die Lage der Sache jetzt so, daß die Krisis voraussichtlich vor der Eröffnung der Kammern eintreten wird. Das Volk des Kurfürstenthums Hessen hat eine so bewunderungswürdige Haltung bewahrt, daß diese geeignet sein kann, wenigstens einige Hoffnung für die politische Bildungsfähigkeit der Deutschen zu geben. Aber auf die Länge kann es einen thatsächlichen Conflict nicht vermeiden, und es fragt sich dann, wie Preußen in seinem Schwanken zwischen der Abneigung gegen eine unionsfeindliche Regierung und seinem Festhalten am monarchischen Princip sich entscheiden wird. Bis jetzt ist das Gewicht ziemlich gleich in beiden Schaaalen; hüten wir uns, durch vorzeitiges Ankämpfen den Ausschlag in die eine zu werfen. Denn die Gefahr ist ungeheuer, nicht allein wegen des Glends, welches ein edles Volk betrifft, sondern auch wegen der Bahn, in welche Preußen dadurch gezwungen wird, und aus welcher die Angriffe einer machtlosen Opposition es später kaum zu treiben im Stande sein dürften. — Die Hoffnungen auf einen bessern Ausgang sind noch nicht völlig verloren, denn noch ist der Gegensatz zwischen Oestreich und Preußen — das Palladium unserer Freiheit — groß genug, um ein gemeinschaftliches Wirken in der Sache der Despotismus unmöglich zu machen; wenn aber nicht nur die persönliche Eitelkeit der preussischen Staatsmänner fortwährend verletzt, sondern ihnen auch die Ueberzeugung in die Hand gegeben wird, daß die liberale Partei und das Bürgerthum, welches sie vertritt, ganz auf demselben Standpunkt steht, wie die Demokraten, so könnte es leicht dadurch zu der Nothwendigkeit gedrängt werden, mit Aufopferung aller sonstigen Rücksichten jenen unbedingten Bund gegen die Revolution abzuschließen, zu welchem es die Kreuzpartei seit lange zu treiben strebt.